Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 3 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Gerberstr. 1 IV Viktoriahotel. Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 46 | Sonnabend, den 12. November 1921 | 25. Jahrgang

Für Abonnenten und Inserenten! Die außerordentlich gestiegenen Herstellungskosten (Papier und Druck) veranlassen Schriftleitung und Verlag, Abonnement und Zeilenpreis um 100 Prozent zu erhöhen. **Die neue Berechnung für Inserate tritt mit der Nr. 49 am 1. bzw. 3. Dezember in Kraft.**

Die Abonnementspreiserhöhung am 1. Januar 1922!

Lohnbewegungen.

Gesperrt:

Sieber u. Geißer, Grabsteingeschäft in Billingen. Betrieb von Martin Peter, **Barnhalt.** Bildhauer Hugo Wetz, **Grünberg** i. Schl. Grabsteingeschäft Franz Rolf in **Paderborn, Reiner in Augsburg-Pfersee.** In **Jena** die Grabsteingeschäfte von Pufe und Flügner, Ebert und Beyer. In **Bremen** Grabsteingeschäfte Berger und Traube, S. Riedel, Fr. Wachsmuth, Eggert, Winter und Kurth. In **Gelsenkirchen** die Betriebe Dubilzick, Kirscher und Osterhof. **Naumburg** (Platz Horn).

Streik:

Im Löbauer Schleiferei-Bezirk. Dietenhan. In Hamburg und **Dornap-Wülfrath.**

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik nach **Frankfurt** a. M., **Höchst** und **Offenbach** a. M. (Grabmal- und Marmorbranche). Nach **Ostfriesland** und **Papenburg, Eberbach** und Umgebung (Baden), **Krefeld;** nach **Stolp** b. Köslin, **Derdingen** (Firma Berner u. Späth), **Osterwald** (Steinmetzen, Platz Meine u. Illemann), **Lahr** i. Bad. (Grabsteingeschäfte A. Sieferle u. K. Dürr).

Nach **Langenberg** bei Hohenstein-Ernstthal. In den Serpentinbrüchen der Firma Gebr. Uhlig wurden wegen Differenzen alle Kollegen entlassen.

Erledigte Bewegungen.

Magdeburg. Der Stundenlohn für Steinmetzen wurde am 1.40 M. aufgebessert, beträgt vorläufig 9.50 M.

Sachsen (Marmorgruppe). Laut Vereinbarung vom 3. November wurden die Löhne wie folgt geregelt: Vom 5. November an: Für Hauer 9.20 M., Schleifer 9.05 M.; vom 18. November für Hauer 10.20 M., Schleifer 10.05 M. Für Arbeiten außerhalb der Werkstelle jedoch am Ort einschließlich Marmorausladen 50 Pf. Zuschlag pro Stunde. Die Zulage für außerhalb Arbeiten vom Wohnort bleibt der Vereinbarung überlassen. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 46 Stunden vom 5. November 1921 an.

Duisburg. Der Stundenlohn für alle gelernten Arbeiter unserer Industrie wurde vom 1. November bis 1. Dezember 1921 auf 11 M., für Hilfsarbeiter von 16 bis 21 Jahre auf 6 bis 9 M. über 21 Jahre auf 9.50 M. erhöht.

Bernburg-Ahlsleben. Für die Mosaikbetriebe kommen auf die Tariflöhne vom 17. August 1921 folgende Zuschläge: Für Stundenlöhner und Mosaikschläger 20 Prozent, für Bordsteinmacher und Akkordräumer 15 Prozent, die Brecherzulagen werden betriebsweise geregelt. Die erhöhten Löhne werden erstmalig am 5. November 1921 ausgezahlt.

Wissenschaftliche Betriebsführung.

I.

(C. W.) Seit es den Begriff „Arbeit" gibt, herrscht allgemein das Bestreben vor, mit möglichst wenig Mitteln und Kräften viel zu leisten. Infolge des verlorenen Krieges und der daraus erwachsenen Lasten für das deutsche Volk, sowie der schwierigen Lage der deutschen Wirtschaft sind wir mehr denn je darauf angewiesen, den Weg zu suchen, der uns zu den besten und billigsten Arbeitsmethoden verhilft. Gleichzeitig uns in die Lage versetzt, das in die Industrie gesetzte Vertrauen zur Erfüllung unserer Verpflichtungen zu rechtfertigen und uns außerdem höhere Löhne und Qualitätsarbeit bringt. Nur durch Qualitätsarbeit kann der Weltmarkt erobert und behauptet werden, dies kann jedoch nur das Land, das seine Kräfte am besten entwickelt. Vorbedingung hierzu ist allerdings, daß selbstverständlich die Arbeiterschaft auch unter den günstigsten Bedingungen — Entlohnung, soziale Fürsorge — arbeitet.

Das System der wissenschaftlichen Betriebsführung eröffnet hier ganz neue Perspektiven, denn die Verbesserungen und Entwicklungen im Arbeitsprozeß sind endlos. Das Handwerk als Blüte des menschlichen Schaffens wird allerdings durch dieses System mit der Zeit ziemlich ausgeschaltet, genau wie der Mittel- und Kleinbetrieb durch Großbetriebe ersetzt wird. An die Stelle des gelernten Arbeiters wird der Angelernte treten, wie es in Amerika bereits seit Einführung des Taylorsystems der Fall ist. Denn 80 Prozent aller Arbeitsstellen sollen dort bereits mit ungelernten Arbeitern besetzt sein.

Trotzdem man in einigen Betrieben der Großindustrie bereits zur Arbeitsteilung übergegangen ist und die Teilung erfolgreich für Unternehmer und Arbeiter angewandt hat, steht diesem System der größte Teil der Arbeiterschaft, auch der Unternehmer, letztere infolge der anfänglichen Kosten, durchaus ablehnend, ja feindlich gegenüber; es wird und muß sich aber unter dem Zwang der Verhältnisse oder des Wirtschaftslebens auf alle Industriezweige ausdehnen. Allerdings kann das in Amerika eingeführte Taylorsystem, das sich dort als größtes Raubbausystem entwickelt hat, nur unter der Bedingung der vollständigen Wirtschaftsdemokratie übernommen werden. Vor allem muß das im Betriebsrätegesetz und im Artikel 165 der Reichsverfassung gewährleistete Recht voll zur Durchführung gebracht werden. Gleichzeitig darf aber auch nicht die Höchstleistung eines Paradearbeiters als Höchstleistung für alle Arbeiter derselben Branche gelten, vielmehr muß die Festsetzung des durchschnittlichen Pensums im Einverständnis mit der Betriebsvertretung erfolgen; damit nicht in schrankenloser Ausbeutung der vorzeitige Verbrauch der Arbeitskraft des einzelnen eintritt. Durch das wissenschaftliche Betriebssystem darf aber nicht nur die Leistung festgesetzt werden, sondern der Unternehmer hat auch in freimütiger Weise dem Arbeiter alle möglichen Hilfsmittel zur Erreichung des Zieles zur Verfügung zu stellen und eingehende Anweisung über die Art der Ausführung der Arbeit durch seine eigens dazu vorgebildeten Beauftragten zu geben. Nur auf diese Weise wird bei uns dieses System mit seiner Typisierung und Normalisierung zur Anwendung gebracht werden können. Die Unterweisung der Arbeiter durch geeignete Meister genügt jedoch noch nicht. Jede zu beginnende Arbeit muß in den sogenannten Arbeitsverteilungsbureaus bis ins kleinste zerlegt werden. Der praktische Arbeiter hat also nur die mechanische Ausführung zu übernehmen, alles andere, auch — das Denken besorgt für ihn die Werksleitung. Durch diese Spezialisierung bis ins kleinste wird die Leistungsfähigkeit des einzelnen außerordentlich gehoben, zugleich aber auch dessen Lohn, da der Arbeitsprozeß bedeutend verkürzt wird. Der auf diese Weise erhöhte Lohn wird aber auch gleichzeitig ein Ansporn nach immer größerer Vervollkommenheit werden und somit das Einförmige im Arbeitsprozeß beleben. Allerdings wird durch die Spezialisierung zweifellos den älteren Arbeitern der Berufsstolz oder das „Zünftlerische", das noch manchem Beruf anhaftet, genommen. Der höhere Lohn, der es ihnen ermöglicht, höhere Ansprüche an das Leben oder an die Allgemeinheit zu stellen, wird sie dafür entschädigen müssen. Möglich, daß nach Ansicht einzelner dem Arbeiter durch die Spezialisierung sein Arbeitsfeld eingeengt wird, das wird auch kaum bestritten werden können. Er beherrscht aber jetzt sein Fach vollkommen und leistet für die Allgemeinheit und für unsere Wirtschaft bedeutend mehr, als wenn er von den vielen in seinen Beruf schlagenden Arbeiten überall nur geringes Verständnis hat, außerdem wird ihn die gewohnte gleichmäßige Arbeit nicht besonders ermüden, er kann daher am Ende des Arbeitstages in viel größerer geistiger Frische an Abendkursen oder sonstigen Bildungsbestrebungen teilnehmen. Dadurch wird das Interesse an geistiger Weiterbildung und gleichzeitig die Freude am Leben gehoben, was wiederum eine Hauptbedingung der wissenschaftlichen Betriebsführung ist.

Mit der Typisierung und Normalisierung darf es aber noch nicht sein Bewenden haben, es muß auch eine genaue Auslese der Arbeitenden auf ihre Eignung und Befähigung vorgenommen werden. Dies kann wiederum nur auf Grund genauer experimenteller, psychologischer Untersuchungen erfolgen, die schon bei der individuellen Berufswahl zur Anwendung gebracht werden müssen. Durch die experimentellen Untersuchungen wird in den meisten Fällen eindeutig festzustellen sein, ob sich jemand auf Grund seiner Veranlagung für bestimmte, besondere Anforderungen verlangende Berufe eignet oder nicht. Die allgemeine Anwendung solcher Verfahren zur Auslese brauchbarer Arbeiter oder Bewerber dürfte zweifellos im Einfluß mit der bereits dargelegten Arbeitsteilung die Arbeitsfreudigkeit außerordentlich steigern bzw. erst begründen und damit die Arbeitsleistung erhöhen. Gleichzeitig werden durch die gesteigerte Arbeitsleistung Kräfte frei, die durch anderweitige Beschäftigung die Produktion steigern und so zur Erhöhung des Volkseinkommens beitragen.

Ein Teil der Arbeiter wird sich sagen, daß durch die erhöhte Leistungsfähigkeit des einzelnen die Arbeitsmöglichkeit herabgedrückt wird. Das trifft jedoch nicht zu, sondern im Gegenteil, die höhere Entlohnung steigert die Kaufkraft oder Konsumtion, die wiederum durch erhöhte Produktion wettgemacht werden muß. Kein Arbeiter wird also durch die Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung außer Arbeit gesetzt werden, sondern nur die seinen Fähigkeiten entsprechende zugewiesen erhalten, zumal unsere Industrie Beschäftigungsmöglichkeiten in tausenderlei Art für Schwache, körperlich Kräftige oder sonstige Veranlagte aufzuweisen hat. Anderseits wird der Unternehmer bei schlechter Konjunktur auf seine eingearbeiteten Leute, für die eine besondere Schulung nötig war, bedeutend mehr Rücksicht nehmen müssen, als auf Arbeiter, die jederzeit wieder zu ersetzen sind.

Der richtige Kontakt zu einem gemeinsamen Arbeiten innerhalb des Betriebes wird aber nur dann erreicht, wenn das Arbeitsverhältnis zwischen Leitung und Arbeitenden ein innigeres wird. So darf der Unternehmer die Einführung des wissenschaftlichen Betriebssystems mit seiner Spezialisierung und Mechanisierung nicht auf größere Ausbeutung der Arbeitskraft einstellen, vor allem dürfen die durch dieses System erreichten höheren Löhne nicht der Anlaß zu Abzügen sein. Der Arbeiter soll im Gegenteil von der Besorgnis der Lohnkürzung frei sein, denn erst dann wird er seine Kräfte frei entfalten außerdem wird der Arbeitgeber durch die erhöhte Arbeitsintensivität sowie die damit verbundene Energieausnutzung seine Produktion ganz erheblich steigern und somit durch den größeren Umsatz einen höheren Gewinn erzielen.

Die Einführung der wissenschaftlichen Betriebsführung wird genau wie der Uebergang der Hand- zur Maschinenarbeit nicht ohne innere Zerrüttung vor sich gehen, aber sie wird kommen, dagegen hilft kein Sträuben und Klagen weder der Arbeiter noch der Unternehmer. Beide Teile werden sich damit abzufinden haben, weil es unweigerlich durch die schwierige Lage unserer Wirtschaft bedingt wird; allerdings wird die eine oder die andere Industrie früher damit betroffen werden, vor allem aber die komplizierten Maschienbetriebe. Inwieweit dieses System jedoch auf die Steinindustrie übertragen werden kann, soll in einem anderen Artikel untersucht werden.

Durch die Einführung dieses Systems entsteht aber für die Betriebsräte die schwierige Frage, wie sollen sie sich zu dieser Entwicklung im Interesse der Allgemeinheit und des Volkswohls stellen. § 66 des Betriebsrätegesetzes macht es ihnen zur Pflicht, für einen möglichst hohen Stand und möglichste Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sorgen, gleichzeitig hat er aber auch an der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuwirken; anderseits besagt aber § 68, daß er auch dahin zu wirken hat, daß von beiden Seiten Forderungen und Maßnahmen unterlassen werden, die das Gemeininteresse schädigen. Durch die Zwiespältigkeit dieser beiden Paragraphen steht der Betriebsrat gewissermaßen zwischen Tür und Angel. Einem gewissenhaften Betriebsrat, der sich seiner Verantwortung bewußt ist, wird die Entscheidung daher schwer fallen. Zu einer starren Ablehnung wird er aber nie kommen, da einerseits das Proletariat selber am meisten an einer Intensivierung der Produktion interessiert ist und anderseits unsere Wirtschaft es bedingt! Seine Aufgabe aber wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Einführung dieses Systems nicht aus betriebsegoistischen Gründen der Unternehmer, sondern zum Gesamtwohl erfolgt. Gelingt ihm dies, dann hat er das Bewußtsein, daß er im Interesse der Allgemeinheit und unserer Ideen gehandelt hat.

(Anmerkung der Redaktion. Sobald der angekündigte zweite Artikel erschienen ist, kommen wir auf den Inhalt des vorstehenden noch zu sprechen.)

Die Unfallverhütung der Berufsgenossenschaften.

II.

Die Vertreter der Versicherten mit je zwei Ersatzmännern werden von den Beisitzern der Oberversicherungsämter nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, in deren Bezirk die Genossenschaft oder die Sektion Mitglieder hat. Wahlberechtigt sind nur solche Beisitzer, welche als Vertreter der Versicherten berufen sind und nicht dem Bereiche der landwirtschaftlichen oder der See-Berufsgenossenschaft angehören. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist demnach nur, wer ein volljähriger Deutscher und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, gegen Unfall versichert ist und in einem Betriebe, welcher der Berufsgenossenschaft angehört, beschäftigt wird. Die Grundlage zur Wahl dieser Vertreter bildet die Wahl der Versicherungsvertreter für die Versicherungsämter, durch die Vorstände der Krankenkassen. Diese Versicherungsvertreter wählen dann die Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern usf. — Die Wahlzeitdauer beträgt 4 Jahre, nach dem Unfallversicherungsgesetz von 1900 5 Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit im Amte, bis ihre Nachfolger eintreten. Wiederwahl ist zulässig. Die Wahl geht nach einem Wahlreglement unter der Leitung des Reichsversicherungsamts vor sich, wo die Vorschlagslisten einzureichen sind. Die Tätigkeit eines Vertreters der Versicherten ist ehrenamtlich. Die Berufsgenossenschaft erstattet ihnen ihre baren Auslagen und gewährt ihnen Ersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst oder statt dessen einen Pauschalbetrag für Zeitverlust. Der Vorsitzende der Genossenschaft setzt diese Vergütung fest und muß diese durch das Reichsversicherungsamt genehmigt werden. Bis in die neuere Zeit hinein sind diese Pauschalbeträge so minimal bemessen gewesen, daß es wohl zu verstehen ist, wenn sich die Arbeiter dieser ehrenamtlichen Tätigkeit zu entziehen suchen.

Die letzte Wahl dieser Vertreter ging nach dem Unfallversicherungsgesetz von 1900 im Jahre 1905 für die Wahlzeitdauer von 1906 bis 1910 vor sich. Seit der Zeit sind, veranlaßt durch die Schwierigkeiten bei dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung und durch den Krieg sowie durch die in Aussicht genommene Umgestaltung der Sozialgesetze, keine Neuwahlen vor sich gegangen. Auf Grund von Bundesratsverordnungen und sonstigen Notbehelfen ist die Amtsdauer der Vertreter der Versicherten und deren Ersatzmänner verlängert worden, wobei eventuell aus den verschiedenen Wahlvorschlagslisten Ersatzmänner zur Hilfe herangezogen werden. Der Willkür ist hierbei Tor und Tür geöffnet. Eine andere Frage ist jedenfalls hierbei, inwieweit diese Maßnahmen und das ganze Wahlverfahren noch im Zusammenhang mit unserer demokratischen Zeit und im Einklang mit dem Vertrauen der versicherten Arbeiter steht.

Der Entwurf von Unfallverhütungsvorschriften oder deren einzelne Aenderungen werden von dem Vorstand der Genossenschaft ausgearbeitet, wobei den Vertretern der Versicherten eine Mitwirkung nicht gestattet ist. Das Reichsversicherungsamt kann seine Genehmigung von Aenderungen dieser Vorschriften abhängig machen und bestimmt dabei auch, ob zu dieser beschließenden Beratung Vertreter der Versicherten zugezogen werden sollen. Dasselbe Recht steht auch dem Reichsversicherungsamt zu, wenn die Genossenschaftsversammlung die Beschlüsse, die der Vorstand und die Vertreter der Versicherten gefaßt haben, ändert oder wenn Unfallverhütungsvorschriften oder Teile von ihnen nicht lediglich für einzelne Sektionen gelten sollen. Und als ganz besonders beachtenswert wird angesehen werden müssen, daß die endgültige Beschlußfassung über diese Vorschriften auf der Genossenschaftsversammlung erfolgt, wobei die Vertreter der Versicherten ausgeschlossen sind. Zusammengefaßt: haben diese Arbeitervertreter bei der Ausarbeitung des Entwurfs und bei der endgültigen Beschlußfassung kein Recht mitzuwirken und nichts zu sagen. Im übrigen bestimmt nicht unbedeutend das Reichsversicherungsamt, inwieweit diese Vertreter sonst noch zu den einschlägigen Fragen hinzuzuziehen sind.

Aber wie vollziehen sich denn die Beratungen, wo die Arbeitervertreter „mit vollem Stimmrecht und in gleicher Zahl" teilnehmen sollen? Ist es da überhaupt möglich, daß die Arbeiter ihren Schutzforderungen (Vorschläge, Anträge usw.) Geltung verschaffen können? Wie oft wahrzunehmen, ist dabei das eine festzuhalten, daß auch hier die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter ihre Schatten voraussendet. — Um bei diesen Beratungen die Arbeiterforderungen mit Nachdruck zu vertreten, gehört für ihre Vertreter ein fester Wille und der Charakter einer unbeugsamen Kampfnatur, und das fehlt oft. Die Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Außerdem sind die Arbeiter sich oft über das, was sie wollen, nicht einig. Während der Vorstand der Genossenschaft genau weiß, nach welcher Richtung die Fahrt gehen soll, sind die Arbeiter sich uneinig, schwankend und differieren bei der Vertretung ihrer Forderungen. Das wirkt um so mehr nachteilig, wo der Genossenschaftsvorstand sowieso immer die stärkere Macht bleiben wird. Denn da, wo die Arbeitervertreter zu ihren Forderungen eine entschlossene Haltung einnehmen und die Stimmen bei der Beschlußfassung sich „in gleicher Zahl" gegenüberstehen, entscheidet bei Stimmengleichheit der Vorsitzende der Genossenschaft (§ 9). Dieser Wundermann der Genossenschaften hat zwei Stimmen, und zwar erstmals bei der Abstimmung als Mitglied des Genossenschaftsvorstandes und dann nochmals, um die Entscheidung zugunsten des Vorstandsentwurfs herbeizuführen (sic!).

Wie schon angeführt, haben auf Grund des § 120e Absatz 2 der Gewerbeordnung auch die beteiligten Vorstände der Genossenschaften mit den Arbeitervertretern das Recht, die Entwürfe von Schutzvorschriften der Bundesregierungen und der Polizeibehörden zu begutachten. Dann wiederholt sich in den meisten Fällen die vorstehend gezeichnete Komödie. Derartige Vorschriften werden auf Anregung der Arbeiter allgemein dann erlassen, wenn die genossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften nicht genügen. Die Berufsgenossenschaften stehen einem derartigen Vorgehen der Arbeiter und solchen Entwürfen durchweg abweisend und mißtrauisch gegenüber. Wir werden auch in der übergroßen Zahl der Fälle offen wahrnehmen können, daß die Berufsgenossenschaften sich gar nicht veranlaßt fühlen, die weitergehenden Vorschriften der Behörden, die mit ihren Unfallverhütungsvorschriften im klar verständlichen Widerspruch stehen, aufzunehmen. So gab z. B. eine Berufsgenossenschaft für ihre neueren Vorschriften der Einleitung

folgende Fassung: „Verordnungen der Landespolizeibehörden und andere obrigkeitliche Vorschriften gelten unverändert neben diesen Unfallverhütungsvorschriften." — Aehnlich so werden sich die technischen Aufsichtsbeamten der Genossenschaften um die Durchführung der behördlichen Vorschriften wenig bemühen, für sie bleiben nach wie vor die Unfallverhütungsvorschriften ihrer Arbeitgeber maßgebend.

Der technische Aufsichtsdienst der Berufsgenossenschaften ist in der Arbeiterpresse wiederholt der Gegenstand eingehender Kritik gewesen. An der Hand der Unfallzahlen weiß man bei diesen Genossenschaften und im Reichsversicherungsamt sehr gut, daß diese Betriebsbesichtigungen und die Zahl der hierzu angestellten Aufsichtsbeamten auf keinen Fall ausreichen. Aber man ist entzückt, wenn jeder Betrieb im Jahr ein oder zweimal besichtigt wurde. Im übrigen versucht man jetzt, um die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren zu verhindern und um Kosten zu sparen und die eigene Verantwortlichkeit abzuschwächen, die Betriebsräte als „Unfallvertrauensmänner" zu einem bezahlten Organ der Berufsgenossenschaften zu machen. Das werden Arbeiter auf alle Fälle abzulehnen haben.

Das Reichsversicherungsamt mit seinen weitgehenden Machtbefugnissen zur Unfallverhütung kennt die großen Schwächen des ganzen berufsgenossenschaftlichen Arbeiterschutzes und kann auf diesem Gebiet die Dringlichkeit von Reformen nicht mehr zurückweisen. Aber nach der liberal schillernden „Humanität" dieser Bureaukratie dürfen sich die Arbeiter derartige Vorschläge nicht erlauben. In solchen Fällen setzt man „Himmel und Hölle" in Bewegung, um eine „gewerbliche Schädigung" der Unternehmer zu verhindern. Soll in unserer soviel betonten demokratischen Zeitperiode sich hier endlich ein Wandel vollziehen, dann muß der gewerbliche Schutz der Arbeiter unabhängig von diesen Unternehmerorganisationen unter der Mitwirkung der praktischen Technik neu aufgebaut werden.

Bauarbeitermangel und Umschulung.

Der Vorstand des ADGB. hat im Auftrage der Bauarbeiterverbände dem Reichsarbeitsministerium eine Denkschrift über die Maßnahmen zur Behebung des Bauarbeitermangels überreicht. Ein Mangel an gelernten Bauarbeitern, vor allem an Maurern und Zimmerern besteht, hervorgerufen durch außerordentlich hohe Kriegsverluste und Abwanderung gelernter Bauarbeiter während der Baukrise in andere Industrien. Verschärft wird dieser Ausfall dadurch, daß seit Kriegsbeginn die Lehrlingsausbildung immer weiter sank, so daß der gewerbliche Nachwuchs bei weitem nicht den Arbeiterausfall decken konnte. Der „Grundstein" schätzt, daß durch das Zusammenwirken dieser Faktoren dem Baugewerbe etwa 100 000 Facharbeiter verloren gingen. Die Belebung der Baukonjunktur müßte daher sofort zu einem empfindlichen Mangel an gelernten Bauhandwerkern führen. Tatsächlich ist denn auch seit einigen Monaten zu beachten, daß in fast allen Teilen Deutschlands eine sehr rege Nachfrage nach Arbeitskräften entstand, die nicht gedeckt werden konnte.

Um dem Mangel abzuhelfen, sind von den Beteiligten eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die dann in einem Rundschreiben des Reichsarbeitsministers an die Landesarbeitsämter zu bestimmten Vorschlägen der Behörden führten, nämlich: Zurückgewinnung ehemaliger Bauarbeiter, verstärkte Lehrlingshaltung und, um schnell den dringendsten Bedarf zu befriedigen, Umschulung von Bauhilfsarbeitern, oder sonst mit der Arbeit bereits etwas vertrauten Arbeitern zu Bauarbeitern. Für letzteren Zweck sollen Staatsmittel bereitgestellt werden, um dem Lernenden während der Umschulungszeit die tariflichen Hilfsarbeiterlöhne zahlen zu können.

Die Denkschrift des ADGB. nimmt zu diesen Vorschlägen eingehend Stellung. Sie stellt dabei in den Vordergrund die Forderung, daß künftig eine planmäßigere Verteilung der Bauarbeiten auf das ganze Jahr erfolgen muß, um die im Baugewerbe typische periodische Arbeitslosigkeit zu vermeiden und eine durchlaufende Arbeitsmöglichkeit der verfügbaren Kräfte zu sichern. Ist auch das Baugewerbe vom Wetter stark abhängig und zwingen auch Frostperioden zur Einstellung des offenen Baues, so lassen sich Reparaturen und Innenarbeiten bei zweckmäßiger Verteilung ausführen. Rechnet man den Ausfall durch Brachliegen der Arbeitskraft mit durchschnittlich 10 Wochen im Jahr, so würde eine ununterbrochene Arbeitsmöglichkeit die verfügbare Arbeitskraft um 20 Prozent steigern. Hier muß eine bessere Oekonomie erreicht werden.

Eine gründliche Behebung des Mangels läßt sich nur durch vermehrte Lehrlingshaltung und Hebung des Lehrganges erreichen. Die Denkschrift verweist darauf, daß diesem Ziel die Weigerung der Unternehmer, paritätisch mit den Gewerkschaften die Lehrlingsfrage zu regeln, entgegensteht. So lange engstirniger Innungsgeist krampfhaft alle die der Lehrlingsausbildung betreffenden Fragen nur der Innung zuweisen will und die Mitbestimmung der Gewerkschaften ablehnt, wird ein genügender Zustrom zu den Baugewerben nicht erfolgen. Für die lächerlich geringen geldlichen Entschädigungen, wie solche heute üblich, wird kein Vater den Jungen in die Lehre geben können. (Vorstehendes trifft auch auf die Steinindustrie zu. Red.)

Die Zurückführung der zu anderen Berufen abgewanderten Arbeiter wird erst möglich sein, wenn den Betreffenden annähernde Gewißheit geboten werden kann, daß die Beschäftigung eine dauernde ist und daß sie mindestens gleich gute Bedingungen wie im bisherigen Beruf finden. Die Denkschrift lehnt irgendwelche Zwangsmittel bei der Zurückführung als ungeeignet ab.

Für die Umschulung von Hilfsarbeitern stellt die Denkschrift eine Reihe von Leitsätzen auf, die diese Umschulung von vornherein auf eine festumrissene Basis stellen soll, und um zu verhindern, daß an den einzelnen Orten unter den verschiedenartigsten Regelungen Versuche angestellt werden, die nur die an sich notwendige Aktion diskreditieren und gefährden. Es sollen bezirklich und örtlich paritätische Umschulungsausschüsse gebildet werden. Umzuschulen sind Hilfsarbeiter oder Baugewerbler minder gut beschäftiger Branchen im Alter von 18—25 Jahren. Der endgültigen Einstellung als Lehrling soll eine Prüfungszeit voraufgehen. Die Lehrzeit soll ein Jahr betragen sofern nicht für besondere Gewerbe (Zimmerer) infolge besonderer fachlicher Schwierigkeiten eine längere Lehrzeit notwendig ist. Den Lernenden ist der Tariflohn für Hilfsarbeiter zu garantieren. Die Lehre selbst untersteht der Kontrolle des Ausschusses, um Mißbrauch zu verhindern. Um die Einstellung von Umzuschulenden zu erreichen, soll die Vergebung öffentlicher Bauten von diesbezüglichen Vorschriften abhängig gemacht werden.

Auf den in der Denkschrift gezeichneten Wegen läßt sich die Lösung des so brennenden Problems finden. Die Gewerkschaften sind sich der Notwendigkeit, für die Durchführung der Bauten, genügende Arbeitskraft zu sichern, durchaus bewußt. Ihre Mithilfe ist gesichert, aber nur dann, wenn auch die Unternehmer gewillt sind, alle diesbezüglichen Fragen gemeinsam mit den Gewerkschaften zu lösen. Ein sich an einigen Orten zeigender Widerstand der Bauarbeiter gegen die Maßnahmen, insbesondere gegen die Umschulung, ist unklug. Wenn auch zu begreifen ist, daß diese Arbeiter nach den langen, trüben Zeiten den Vorteil der besseren Konjunktur festhalten möchten, so sollen sie nicht vergessen, daß, wenn sonst nur die Bedingungen für vermehrten Bau gegeben sind, der ungesättigte Hunger nach Wohnungen alle Hindernisse niederrennen wird, zum Schaden der Arbeiter selbst.

Internationales Steinarbeitersekretariat.

Bericht vom 3. Quartal 1921.

Schweden. Aus einem Bericht der schwedischen Organisation an diejenige von Belgien entnehmen wir folgendes:

Das Pflastersteinbrechen wird hauptsächlich in Kleinbrüchen betrieben, zirka 100 solcher existieren, daneben 20 Großbetriebe. Beschäftigt in dieser Industrie sind 3000 Arbeiter, vor dem Kriege waren es 12 000 Mann. Die Arbeitszeit ist gesetzlich 48 Stunden pro Woche, der Tagesverdienst 8—10 Kronen. Die Lebensmittel sind um 136 Prozent gestiegen. Die Stundenlöhne sind seit Kriegsausbruch um 125—175 Prozent, die Akkordlöhne um 100 bis 110 Prozent gestiegen. Der größte Teil der Arbeiten werden im Akkord ausgeführt.

Bei einigen Brüchen werden die Steine direkt bei der Einladungsstelle bearbeitet, in anderen per Fuhrwerk zum Landungsplatz transportiert, der Transport bei diesen macht durchschnittlich 0,50—0,60 Kr. per 2 Meter oder 15—18 Kr. per 10 000 Kilogramm. Die jährliche Produktion wird auf 200 000—250 000 Tonnen berechnet, der Export in den letzten Jahren war:

	Tonnen	Wert Kr.
1908	700 204	7 975 000
1909	656 858	7 146 000
1910	824 154	8 928 000
1911	869 472	9 874 000
1912	906 480	10 331 000
1913	983 535	12 476 000
1914	758 405	10 695 000
1915	385 131	4 806 000
1916	191 201	2 836 000
1917	110 323	1 941 000

In den ersten 8 Monaten 1921 wurden 250 000 Quadratmeter, also 75 000 bis 100 000 Tonnen exportiert. Der Export dieses Jahres verteilt sich auf Frankreich, Belgien, England, Südamerika, Dänemark und Holland.

Finnland. Während des gegenwärtigen Jahres ist die Nachfrage nach Steinarbeitern eine minimale, der Export von Steinhauerarbeiten war ein geringer, die Mitgliederzahl ist dadurch bedeutend zurückgegangen. Am Schluß des vergangenen Jahres hatten wir noch 1258 Mitglieder, am Schluß des zweiten Quartals nur noch 1166.

Wenn wir den Preis der Lebensmittel von 1914 als Vergleich nehmen, so erhalten wir eine Steigerung von 1139 Prozent, während die Löhne nur um 700 Prozent gestiegen sind.

Arbeitsverträge mit den Unternehmern gibt es nicht mehr, alle waren Anfang des Jahres abgelaufen jeder Versuch zu deren Erneuerung war erfolglos. Bewegungen für Lohnerhöhungen waren einige, teils mit gutem Resultat.

Krankenunterstützung wurden während des 1. Semesters an 56 Mitglieder für 1839 Krankheitstage mit 6033 finnischen Mark ausbezahlt. Sterbeunterstützung in 6 Fällen mit 1380 Mark. Der Verein für „Schutzlose Hilfe" spendete der Organisation 11 650 M. Ausbezahlte Unterstützungen betrugen 19 963 finnische Mark.

Deutschland. Bei der ungeheuren, anhaltenden Geldentwertung im Innern, die durch den Valutastand hervorgerufen wird, jagt eine Lohnerhöhung die andere, um mit den Lebenshaltungskosten einigermaßen Schritt zu halten. An die Arbeitskraft der in den Bezirken angestellten Kollegen werden dadurch große Anforderungen gestellt, die sehr oft nicht so gewürdigt werden, wie es angebracht ist. Dasselbe trifft natürlich auch auf die verantwortlichen Kollegen einzelner rühriger Zahlstellenverwaltungen zu. Die Lage der Steinindustrie hat sich im großen und ganzen nicht gebessert, viel Lagerarbeit in der Schotter- und Pflastersteinindustrie, Bautätigkeit für Werksteine ist ganz unbedeutend, in anderen Gruppen (Marmor, Schiefer, Grabstein, Lithographensteine, Serpentin) wird neben wenigem Inlandsverbrauch auch für den Export gearbeitet, der durch den Valutastand begünstigt wird.

Der Mitgliederstand ist stabil geblieben, Neueinstellungen in den Betrieben erfolgten nicht, so daß schon hier eine gewisse Grenze der Ausbreitung des Verbandes gezogen ist. Die Auflage des „Steinarbeiter" beträgt momentan 51 000. Der Mitgliederbestand bleibt immer etwas darunter.

Größere Kämpfe waren besonders in der sächsischen Pflastersteinindustrie, die jedoch für die Arbeiter mit einem Erfolg beendet werden konnten. In der schlesischen Marmorindustrie geht schon wochenlang der Kampf, um die Notdurft des Lebens befriedigen zu können. Die Unternehmer dort haben noch die konservative Auffassung, daß sie an ihrem Prestige einbüßen, wenn sie mit den Arbeitern eine für letztere günstige Verständigung finden. Es gibt auch im „neuen" Deutschland, und nicht zuletzt in der Steinindustrie, Unternehmer, die nichts gelernt und von den früheren Zuständen nichts vergessen haben.

Bei den Teuerungszulagenbewegungen, die als Grundlage eine zentrale Abmachung haben, wurden fast durchweg auf friedlichem Wege Verständigungen erzielt. Zum Schaden der Gesamtsteinindustrie ist eine solche Verständigung sicherlich nicht. Für die Pflastersteinindustrie wurde eine berufliche Schlichtungskommission geschaffen, die Bezirks-, Landes- und Haupttarifamt vorsieht. Die staatlichen Schlichtungsstellen sind damit bis zu einem gewissen Grade ausgeschaltet. Wie sich die Einrichtung bewährt, muß die Praxis ergeben. Die Vorgänge in einzelnen Bezirken sind nicht besonders ermutigend. Die Geldentwertung zwingt unseren Verband, die laut Statut üblichen Unterstützungssätze mindestens zu verdoppeln. Dies ist besonders notwendig bei Streiks und Aussperrungen, demzufolge müssen auch die Beiträge verdoppelt werden, auch sie stehen mit dem tatsächlichen Lohn in keinem Verhältnis mehr. Eine Urabstimmung unter den Mitgliedern soll im November die Entscheidung bringen, so daß vom 1. Januar 1922 die erhöhte Leistung und Gegenleistung in Kraft treten kann.

Tschechoslowakei (Reichenberg). Die im Herbst 1920 eingetretene Wirtschaftskrise dauert ungeschwächt fort und es sind noch keinerlei Anzeichen vorhanden, daß bald andere Verhältnisse eintreten. Das im Frühjahr von den gesetzgebenden Körperschaften beschlossene Gesetz über die Förderung der Bautätigkeit, worauf manche Hoffnung gesetzt wurde, ist nahezu ohne Wirkung geblieben. Um die Bautätigkeit der Gemeinden und anderer Institutionen geldlich zu unterstützen, wurde eine Losanleihe aufgelegt und dürfte auch diese nur einen äußerst bescheidenen Erfolg haben. In vielen Bezirken ruhte bis Mitte Mai die Bautätigkeit völlig und auch in den nachfolgenden Monaten blieb sie weit hinter der des Vorjahres zurück, damit erfüllte sie auch die Hoffnung, daß eine regere Bautätigkeit belebend auf die Steinindustrie zurückwirken werde, nicht. So müssen viele Steinarbeiter in anderen Industrien Erwerb suchen und in manchen Bezirken ist heute die Zahl der in der Steinindustrie Beschäftigten um neun Zehntel geringer als vor dem Kriege.

Lohnbewegungen waren in der Steinindustrie im 3. Quartal im Teplitzer Gebiet, im Schluckenauer Bezirk und im schlesischen Gebiet zu verzeichnen. Im ersten Gebiete konnte bei einigen kleineren Unternehmern eine 15prozentige Erhöhung der Löhne erreicht werden. In den Schluckenauer Gebieten wurden ebenfalls einige Prozent Lohnerhöhung erreicht. Im schlesischen Gebiete eine teilweise Lohnerhöhung durchgedrückt.

Die Mitgliederbewegung ist eine rückläufige geworden, jedoch diejenige der Steinarbeiter hat sich wenig geändert. Wir haben etwa 2500 Mitglieder. Gegen Ende des Quartals machte sich die Tätigkeit des ebenfalls dem internationalen Sekretariat angeschlossenen tschechischen Steinarbeiterverbandes in Prag sehr unangenehm bemerkbar. Diese dort betriebene Mitgliederfängerei gehört zu den bemerkenswertesten Vorkommnissen des 3. Quartals.

Belgien. Am 1. April zählten wir 26 460 Mitglieder, am 1. Juli waren es deren 26 695, davon waren 420 krank und 505 im Militärdienst. Die Arbeitslosenkasse funktioniert seit 1. Mai und wurden während diesen 4 Monaten 281 630 Frank als Unterstützung an Arbeitslose ausbezahlt. Seitens der Regierung werden als Unterstützung 50 Prozent der einbezahlten Beiträge zurückbezahlt.

In gewissen Fällen wird diese Unterstützung auch bei Streiks ausbezahlt, wenigstens da, wo seitens der Unternehmer die Vermittlungsinstitutionen abgelehnt werden, während die Arbeiter für solche plädieren.

Seit 1. Oktober ist nun das Gesetz des Achtstundentags und der 48-Stundenwoche in Kraft getreten, die Unternehmer können durch eventuelle Verminderung der Arbeitszeit die Tagesverdienste nicht kürzen, weil dies dem Gesetze nicht entsprechen würde. Die Unternehmer geben sich zwar alle Mühe, um die Steinindustrie als eine Saisonindustrie hinzustellen, seitens der Organisation unseres Bruderverbandes wird dagegen Opposition erhoben. Aller-

Der kommunistische „Korreferent".

Im „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst" lesen wir darüber:

Der Ortsausschuß in X. wendet sich an den Vorstand des ADGB. mit dem Ersuchen, ihm zu einer Versammlung, die sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen will, einen Redner zu stellen. Es fehlt den Genossen im Bundesvorstand wahrlich nicht an Arbeit; für sie ist der Achtstundentag noch eine schöne Theorie, aber zuletzt findet sich fast immer dieser oder jener von ihnen bereit, dem betreffenden Ortsausschuß zu willfahren, da es ja nicht überall sachkundige Redner am Orte gibt.

Dann ereignet sich regelmäßig folgendes: Kaum ist die Versammlung eröffnet, so meldet sich irgendeiner der Teilnehmer zur Geschäftsordnung zum Wort und beantragt, den Genossen Soundso — meist ist dieser Genosse auch aus Berlin — das „Korreferat" zu übertragen. Vor einigen Tagen ereignete sich sogar folgender Fall: Kartellvorsitzender und Referent begaben sich aufs Podium, um die Versammlung zu beginnen. Da steigt ohne weiteres ein fremder Herr mit aufs Podium und nimmt Platz. Gefragt, was er denn wolle, erklärt der Herr: „Ich bin der Korreferent." Der Kartellvorsitzende sieht den Mann fragend an: „Jawohl, ich bin von einem Genossen als Korreferent bestellt worden." Sagt's und bleibt ruhig sitzen, als handele es sich um die selbstverständlichste Sache der Welt.

Selbstverständlich ist der Herr „Korreferent" stets ein Kommunist. Nachdem sich herausgestellt hat, daß man mit dem Verprügeln von Mitgliedern des Bundesvorstandes und Androhung des „In-den-Kanal-Schmeißens" doch schließlich den Unwillen der denkenden Arbeiterschaft gar zu sehr erregt, versucht man es nun auf die Art, daß man von der Kommunistischen Zentrale in Berlin in jede Versammlung, in der ein Mitglied des Bundesvorstandes spricht, einen „Korreferenten" entsendet, um auf diese Art die „gelbe" Amsterdamer Bewegung zu bekämpfen. In der Praxis läuft dann die Sache darauf hinaus, wenn man das, was die Herren Kommunisten wünschen, nicht durchsetzen kann, wenigstens so lange zu reden und nötigenfalls Radau zu machen, daß der Zweck der Versammlung vereitelt wird. Der Erfolg ist dann, daß eine Anzahl von den vielleicht eben erst für die Gewerkschaftsbewegung gewonnenen Arbeiter enttäuscht nach Hause gibt und der Gewerkschaft den Rücken kehrt, denn selbstverständlich betrachten es die Herren „Korreferenten" als ihre einzige Aufgabe, die „gelbe" Amsterdamer Gewerkschaftsbewegung herunterzureißen, wobei sie das, was ihnen am Wissen über die Gewerkschaftsbewegung abgeht, durch unsinniges Schimpfen ersetzen. Man könnte das bekannte Sprichwort: Ein Narr fragt mehr, als zehn Weise beantworten können, in diesem Falle dahin variieren: Ein kommunistischer Korreferent schimpft und verleumdet mehr, als zehn anständige Leute widerlegen können. Und da die Herren, wie schon erwähnt, die Taktik anwenden, so lange zu reden, daß ein anderer überhaupt nicht mehr herankommt, so erreichen sie damit, daß nach dem Urteil Unerfahrener und gewerkschaftlicher Neulinge immer etwas am ADGB. „hängen bleibt". Das ist es, was die Herren von der Kommunistischen Zentrale wollen, wozu sie sich in die Kosten der Entsendung von „Korreferenten" stürzen. Ja selbst in solchen Fällen, wo es sich lediglich um die Errichtung von Ortsausschüssen, also um die gewerkschaftliche Zusammenfassung kleiner und kleinster Ortsgruppen von Gewerkschaften handelt — in allen irgendwie bedeutungsvollen Orten haben wir ja schon längst Ortsausschüsse — selbst dahin entsendet man „Korreferenten".

Es muß demgegenüber die Frage aufgeworfen werden, ob es sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft wirklich gefallen lassen will, daß die von ihr — auf ihre Kosten! — anberaumten gewerkschaftlichen Versammlungen zum Tummelplatz kommunistischer Klopffechter werden sollen, ob die Gewerkschaften dazu da sind, den Redner der kommunistischen Partei volle Häuser zu schaffen, die sie selbst mit ihren eigenen geistigen Werbemitteln nicht zu schaffen vermögen. Wenn hier und da ein Ortsausschuß und die hinter ihm stehenden Gewerkschaften das Bedürfnis haben, einen kommunistischen Vortrag zu hören, so mögen sie das tun, das ist ihre Sache, obwohl sie nicht dazu da sind, für die Kommunistische Partei zu arbeiten. Aber unsere gewerkschaftlichen Veranstaltungen sollen wir uns durch die Herren Kommunisten nicht vereiteln lassen; sie dürfen nicht dazu dienen, den Kommunisten Gelegenheit zu geben, sich als die berufenen Reformatoren des Gewerkschaftslebens oder gar als die Anwälte der Arbeitslosen aufzuspielen, sie — die durch ihre Politik es verschuldet haben, daß Hunderte und Tausende, die in Arbeit standen, arbeitslos geworden sind, die auf Befehle von Moskau und Turkestan Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsgelegenheiten für Tausende von Arbeitern frivol zerschlagen haben!

Wenn man das in den Ortsausschüssen nicht zu erkennen vermag, dann soll man es ernsthaften Gewerkschaftlern nicht verargen, wenn sie es schließlich ablehnen, in Versammlungen zu reden, in denen ihnen, ohne sie zu fragen, kommunistische „Korreferenten" auf die Nase gesetzt werden sollen. Denn die Gewerkschaftsangestellten stehen ja nicht im Dienste der Kommunistischen Partei, sondern der Gewerkschaften, und sie fühlen keinerlei Neigung und Beruf in sich, dieser bankrotten Partei Vorspanndienste zu leisten.

Hoffentlich denkt man in unseren Ortsausschüssen ebenso und handelt in Zukunft danach!

Proletarisches Ideal.

Es gibt noch so viele, die ihren Kampf nur vom Augenblicksstandpunkte betrachten, als einen Kampf für nichts als augenblickliche materielle Notwendigkeiten. Natürlich sind diese Notwendigkeiten auch vorhanden. Wir stehen im Leben und verlangen von diesem Leben unser Recht. Aber das ist doch nicht alles, was wir wollen. Das wäre kapitalistisch gedacht, aber nicht proletarisch empfunden. Dem Proletariat ist der Kampf für den Tag nie Selbstzweck. Es ist durch und durch unproletarisch, den Kampf nur als ein Mittel zur augenblicklichen Magenbefriedigung zu betrachten. Die proletarische Weltanschauung ist die Weltanschauung des Ideals. Wir ersehnen eine neue Welt, eine Welt, die bereits in unserem Geiste lebt und die zur Wirklichkeit werden soll. Und all unsere Kämpfe sind Etappen auf dem Marsche zu diesem proletarischen Menschheitsideal.

Wie schwindet da das kleine materielle Ich in dieser neuen Edelsonne. Was ist der kleine Mensch in der Entwicklung zu solchem Ideale? Nichts, und doch alles. Wer jene Etappen zum Ideale hin als Selbstzweck betrachtet, der ist allerdings nur ein Stäubchen des Werdens, doch alles ist der Mensch, der in diesem Ringen des Tages das Ideal in seinem Herzen trägt. Was nützt alles Ringen und Erreichen, wenn das Herz dabei leer bleibt. Die schönste Ordnung bleibt kalte Pracht, wenn sie nicht Seele bekommt. Und diese Seele erblüht aus dem proletarischen Herzen allein. Die große proletarische Seele, die das Ideal in seiner Größe erlebt, sie ist der Quell, der die Sonne in die neue Welt zu gießen berufen ist. Und darum gilt es, in unserem Kampfe in das Ideal hineinzuwachsen, und die Zukunft wird aus unserer Seele herausblühen.

dings arbeitet schon die Mehrheit der Mitglieder nicht über 8 Stunden per Tag, im Winter 7 und 7½ Stunden.

Am 13. Juli traten die Weißsteinarbeiter in Bruxelles in den Streik, sie verlangten die Durchführung des Achtstundentags und Lohnerhöhungen. Der Streik dauerte bis 1. September, und zwar mit vollem Erfolg in bezug auf die Arbeitszeit und einer Lohnerhöhung von 30 Cent per Stunde. Am 19. Juli erfolgte ein Streik in den Brüchen von Ryez in Soignies. Hier war eine Lohnreduktion und Einführung der Akkordarbeit geplant. Es kommen 250 Mann in Betracht, von denen allerdings bis heute etwa die Hälfte anderweitig untergebracht werden konnten. Der Streik ist auch heute noch im Gange, Sammlungen hierfür ergeben bereits eine Summe von 80 000 Frank, so daß es möglich war, Unterstützungen von täglich 10 bis 15 Frank auszahlen zu können. In der Provinz Liege befinden sich ebenfalls 1100 Mann im Streik, und zwar seit 1. August. Es handelt sich hier um Sandsteinarbeiter.

Italien. Im ersten Quartal 1921 waren 34 Streiks von Steinarbeitern mit 7664 Beteiligten, Streiktage 376 804, fast durchgehend handelte es sich um Lohnerhöhungen.

Schweiz. Die Arbeitsgelegenheit ist stark zurückgegangen, beinahe überall herrscht Arbeitslosigkeit. Die Behörden geben den ausländischen Steinarbeitern Avis, innerhalb bestimmter Frist die Schweiz zu verlassen. Aussicht auf Besserung ist wenig für die nächste Zeit. Wohl werden allerorts Notstandsarbeiten verfügt und auch dazu die Arbeitslosen aller Berufen zugezogen, aber die Belöhnung bei diesen Arbeiten ist gegenüber den Berufslöhnen gering. Die Arbeitslosenunterstützung wird nun seit letztem Jahre ununterbrochen entrichtet.

Diese Verhältnisse wollen die Unternehmer nun ausnützen, um Lohnreduktionen vorzunehmen und begründen diese mit dem in letzten Monaten gefallenen Index der Lebensmittel. Da, wo die Organisationen schwach sind, gelingt ihnen gewöhnlich ihr Manöver, bei den Steinarbeitern aber nur ausnahmsweise.

Die Marmorindustriellen wollen schon längst eine Lohnreduktion von 20 Prozent vornehmen, bis heute konnten wir überall abwehren. Die Geschäftslage im Marmorgewerbe ist allerdings keine gute, es wird überall nur 3—4 Tage pro Woche gearbeitet.

Sandstein wird nur noch ausnahmsweise verarbeitet, es ist fast überall Kunststein durchgeführt, einzig in Bern kommt der Sandstein noch zur Verwendung.

In der Granitindustrie im Tessin wurden die Löhne um 20 bis 50 Prozent reduziert, die ungenügenden Organisationen und Furcht vor Ausweisungen haben die Schuld hierfür.

Internationales Sekretariat.
Rob. Kolb.

Aus den Zahlstellen.

Marolsweisach. Am Sonntag, dem 30. Oktober, fand im Blauen Löwen unsere Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand Quartalsabrechnung, Urabstimmung, sonstige Anträge. Die Versammlung war mäßig besucht. Kassierer Gottschaldt gab den Kassenbericht bekannt, von den Revisoren wurde der Rechnungsbericht ohne Anstand revidiert und dem Kassierer Entlastung erteilt. Nach Erläuterung der Urabstimmung der Beitragserhöhung durch den Vorsitzenden erfolgte die Abstimmung, 57 Stimmen für Wahlvorschlag 1, 18 Stimmen für Wahlvorschlag 2 war das Ergebnis. — Besonders kritisiert wurde vom Kollegen Schmidt das Uebertreten der 48stündigen Arbeitszeit, die von einigen Kollegen sehr mißbraucht wird, und dadurch die Verbandsinteressen geschädigt werden. Ferner wurde von den Kollegen der Wunsch ausgesprochen, daß Gauleiter Lohse unsere Zahlstelle besuchen möchte, fast ein Jahr ist es her, daß er nicht mehr unsere Zahlstelle besucht hat. Auch vom Kartell in Bamberg werden wir stiefmütterlich behandelt. Mit einem warmen Appell zur Einigkeit schloß der Vorsitzende Steinrichter die anregende Versammlung.

Langenaltheim. Schwere Kämpfe hatten in letzter Zeit die Verwaltung wie auch die überzeugten Gewerkschaftler unserer Zahlstelle wegen Durchführung der statutarischen Beiträge auszufechten. Nachdem aber kaum Ruhe eingetreten war, entbrannte der Kampf aufs neue und zwar in der am 30. Oktober stattgefundenen Versammlung, in der zu den Vorschlägen des Zentralvorstandes Stellung genommen und abgestimmt wurde. Bedauerlich und nicht scharf genug kritisiert kann es werden, daß von 285 Kollegen es nur sage und schreibe 58 der Mühe wert gefunden hatten, in die Versammlung zu gehen. Die Kollegen haben scheints die Vorkriegszeit schon wieder vergessen und können sich nicht mehr daran erinnern, wie sie 1918 zu Kollegen, die heute noch in der Verwaltung sitzen, gekommen sind und sie ersuchten, Schritte zu unternehmen, daß eine Organisation zustande käme. Nur so weiter gewirtschaftet und wir werden dann eines schönen Tages wieder dort sitzen, wo wir **vor dem Kriege waren.** Dann können die Kollegen aber nicht uns, die wir die Pflichten, die uns obliegen, erfüllen, und die Grundsätze der Gewerkschaft vertreten, die Schuld geben, sondern sie können sich bei denen bedanken, die heute wegen einer Beitragserhöhung bremsen. Vorsitzender Kollege Rauh zog zwischen Stundenlohn, Beitrag und Unterstützung die verschiedensten Vergleiche und bemerkte hierzu, daß wir vor dem Krieg in 1. Klasse bereits 70 Pf. bezahlten, was für unser Gebiet zwei Stundenlöhne bedeutet, hingegen jetzt ein Stundenlohn für den Verband abzuführen wäre. Die Unterstützungen sind so ziemlich mit den Beiträgen in die Höhe gegangen. In die Diskussion übergehend, ermahnte er die Kollegen, für Vorschlag 1 zu stimmen. Nachdem sich die Kollegen in reger Debatte für und gegen die Vorschläge aussprachen, wurde zur Abstimmung geschritten und folgendes Resultat erzielt: für Vorschlag 1 35 Stimmen, Vorschlag 2 21, ungültig 2. Unter „Verschiedenes" wurde beschlossen, auch dieses Jahr einen Familienabend mit Theateraufführung stattfinden zu lassen. Vorbereitungen und Zeit der Abhaltung wurden der Verwaltung überlassen. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Grimm im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Weißenburg (Land) ist, die Kollegen mögen diesbezügliche Beschwerden und Anträge bei ihm vorbringen. Weiter diente zur Kenntnisnahme, daß am 31. Oktober in der „Neuen Welt" Betriebsrätesitzung stattfindet.

Gummersbach. In der oberbergischen Grauwackenindustrie ist eine Lohnbewegung zum Abschluß gelangt, die den Mitgliedern der beteiligten Gewerkschaften klar vor Augen geführt hat, daß nur ein gemeinsames Vorgehen und entschlossenes Handeln zum Ziele führen kann. Im Juli dieses Jahres wurden vom Zentralverband und dem Berufsverband (Christlich) an den Verband westdeutscher Hartsteinindustriellen neue Lohnforderungen gestellt. Um eine beschleunigte Regelung herbeizuführen, wurde der staatliche Schlichtungsausschuß in Köln angerufen. Infolge der neu geschaffenen Berufs-Schlichtungsordnung erklärte sich der staatliche Schlichtungsausschuß nicht für zuständig. Das neu geschaffene Landestarifamt für die Schotter- und Pflastersteinindustrie befaßte sich nunmehr mit den unterbreiteten Lohnforderungen. Vom Berufsverband wurde eine Erhöhung der Richt- und Normallöhne um 30 Prozent und vom Zentralverband um 50 Prozent gefordert. In zweiter Sitzung wurde vom Landestarifamt am 6. September 1921 durch einen unparteiischen Vorsitzenden ein Schiedsspruch gefällt, wonach die Richt- und Normallöhne um 75 Pf. pro Stunde erhöht werden sollten. Dieser Schiedsspruch wurde von den Mitgliedern des Zentralverbandes und auch des Berufsverbandes einmütig abgelehnt. Maßgebend waren für die Ablehnung die geringen Zugeständnisse und gleichzeitig eine Bildung bis 31. Dezember 1921. Durch die verzögerte Konstituierung des Haupttarifamts in Berlin konnte sich dieses als weitere Instanz erst am 4. Oktober mit der Sache befassen. Die Lohnerhöhung wurde dort aber als ausreichend angesehen und nur die Kinderzulage vom dritten und jedem weiteren Kind verdoppelt. Die Organisationen nahmen erneut Stellung und wurde bei einer gemeinsamen Aussprache vereinbart, durch Urabstimmung die Mitglieder entscheiden zu lassen. Gleichzeitig wurde der Arbeitgeberverband über die weiteren Folgen in Kenntnis gesetzt. Von den Unternehmern wurde geltend gemacht, der Instanzenweg wäre noch nicht erschöpft. Zur endgültigen Entscheidung wurde laut Schlichtungsordnung nochmals der staatliche Schlichtungsausschuß angerufen, der am 15. Oktober über den Streitfall verhandelte. Es wurde folgendes salomonische Urteil verkündet: „Weil sich mehrere Instanzen mit der Sache befaßt hätten, wo die Besitzer und Vertreter aus dem Beruf waren und zu keinem andern Ergebnis gelangt seien, wird die Eingabe abgewiesen." Die Mitglieder der Zahlstelle Gummersbach vom Zentralverbande der Steinarbeiter hatten am 12. Oktober mit Dreiviertelmehrheit den Streik beschlossen und am 13. Oktober die Arbeit niedergelegt. Am 17. Oktober traten auch die Mitglieder vom Berufsverband geschlossen in den Kampf. Wenn auch ungefähr 1800 Steinarbeiter an diesem Streik beteiligt waren, so konnte sofort die überwiegende Zahl in ein anderes Arbeitsverhältnis untergebracht werden. Den Unternehmern gab dieses doch wohl zu starken Bedenken Anlaß. Durch eine unverbindliche Aussprache zwischen Vertretern der Gewerkschaften und einigen Herren vom Verband westdeutscher Hartsteinindustrie wurden neue Verhandlungen vereinbart. Die Erkenntnis hatte sich durchgerungen, daß die wirtschaftliche Entwicklung stärker ist, als „weise Schiedssprüche". Bei der neuen Verhandlung am 27. Oktober zogen die Vertreter vom Berufsverband ihre Forderung **von 30 Prozent zurück und begründeten eine neue Forderung von 50 Prozent, wodurch eine Einheitlichkeit in die Verhandlung gebracht wurde!** Von beiden Organisationen wurde eine Erhöhung von 50 Prozent bei den Teuerungsverhältnissen als notwendig erachtet. Die Vertreter vom Arbeitgeberverband machten weitgehende Zugeständnisse, aber die geforderten 50 Prozent Erhöhung könnten sie nicht bewilligen, ohne vorher ihre Verkaufspreise ebenfalls erhöht zu haben. Als äußerstes Zugeständnis sollen ab 1. November für Hilfsarbeiter 6.90 M. (bisher 5.25 M.), für Facharbeiter 7.25 M. bis 7.65 M. (bisher 5.60 M.) bezahlt werden. Die Leistungszulage wird von 60 Pf. auf 1 M. pro Stunde erhöht. Dadurch haben diejenigen Kollegen, die im Schichtlohn arbeiten, eine Lohnaufbesserung von über 40 Prozent gegen früher. **Die Lohnerhöhung laut Schiedsspruch vom 6. September kommt für die Monate September und Oktober zur Nachzahlung!** Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden und steht jedem Arbeiter sein früheres Arbeitsverhältnis bis zum 15. November offen. In einer gutbesuchten Versammlung nahmen unsere Mitglieder hierzu Stellung. Trotzdem die Forderung nicht restlos erfüllt war, wurde zugestimmt, weil unter den obwaltenden Umständen nicht mehr zu erreichen war. Die Arbeit wurde am 28. Okt. wieder aufgenommen.

Allen Kollegen gebührt für ihr musterhaftes Verhalten Anerkennung. Der Bandwurm von Instanzen reizt förmlich zur Verzweiflung, aber trotzdem wurde Disziplin geübt, bis in den Kampf eingetreten werden konnte und das ist gut so! Die Haltung während des Kampfes war vorbildlich. Wenn für die Zukunft immer der gewerkschaftliche Gedanke oberster Grundsatz bleibt und damit die Einheitlichkeit gewahrt bleibt, wie es durch die wirtschaftliche Notlage im Grauwackegebiet diktiert wurde, dann kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Die Lebenshaltungskosten und die Preise aller anderen Waren klettern unheimlich!

Die Teuerung hat im Monat Oktober infolge der rasch fortschreitenden Entwertung der Mark weiter stark zugenommen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts, denen die Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung zugrunde liegen, ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Monat Oktober auf 1146 (gegenüber 1062 im September) gestiegen. Dabei wurden die Ausgaben für die gleichen Lebensbedürfnisse im Jahre 1913/14 gleich 100 gesetzt. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten im Monat Oktober bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vormonat um 7,9 v. H., gegenüber Januar d. J. um 41,4 v. H., gegenüber dem Monat Oktober des Vorjahres um 35,9 v. H. Neben einer mäßigen Steigerung der Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe und für die Wohnungsmiete haben in der Hauptsache erhöhte Aufwendungen für die Ernährung das Anwachsen der Indexziffer veranlaßt. Die Indexziffer für die Ernährung allein ist im Oktober auf 1532 (gegenüber 1418 im September) gestiegen. Zu dieser Erhöhung trugen — teilweise recht beträchtliche — Preissteigerungen für viele Lebensmittel bei. Nur der Brotpreis hat sich durchschnittlich nicht geändert, die Preise für eine Reihe von Gemüsen haben etwas nachgelassen. Dagegen sind die Kartoffeln wieder erheblich teurer geworden. Besonders groß sind die Preiserhöhungen für Hülsenfrüchte, Fette und Eier. Auch für Fleisch und Fische haben die Preise angezogen, während für Nährmittel die Preisbewegung nicht einheitlich war. — Die Arbeitgeberzeitung behauptet nach wie vor, die Steigerung sei eine Folge von Lohnaufbesserungen. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau kann diesen Wirtschaftspolitikern aber beweisen, daß die Lohnerhöhungen erst eine Folge der Preissteigerung sind und die minimalen Lohnaufbesserungen in immer größer werdenden Abständen hinter den Preisen herhinken. Nicht die Arbeiterforderungen sind Ursache der Teuerung, sondern die Gewinnsucht, der Wucher und die Spekulationsmanöver von Landwirt, Händler und Kapitalisten in Verbindung mit dem Druck des Auslandes!

Fechenbach. Am 30. Oktober fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Im ersten Punkt gab der Kassierer den Kassenbericht vom 3. Quartal, der vom Vorsitzenden und den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Im zweiten Punkt: Stellungnahme zur Beitragserhöhung, sprachen sich die Kollegen aus, nur für Vorschlag 1 zu stimmen, denn eine Erhöhung der Unterstützungen wäre bei der jetzigen Verhältnissen unbedingt nötig, insofern auch die Beiträge erhöht werden müßten. **Jedoch frage die Versammlung, warum für die Kollegen mit über 7 M. Stundenlohn keine höhere Beitragsklasse eingesetzt ist?** Im Punkte „Verschiedenes" wurde beschlossen, den Lokalzuschlag von 10 auf 50 Pf. zu erhöhen. Der Beschluß tritt mit der 44. Beitragswoche in Kraft. Ein zweiter Antrag wurde gestellt, daß derjenige Kollege, der zwei Versammlungen unentschuldigt fern bleibt, 1 M., jede weitere Versammlung 50 Pf. mehr Strafe in die Lokalkasse zu entrichten hat. Sollte dieses nicht einzubringen sein, ist dies an der zu erhaltenden Unterstützung abzuziehen. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Es wird noch darauf hingewiesen, daß der Beschluß vom 4. Oktober für die Versammlungsschwänzer seither aufrecht erhalten bleibt. Es sind ja doch immer ein und dieselben, die fehlen. Der Antrag der Steinarbeiter des Bezirks Wertheim, Kembach in Nr. 44 des „Steinarbeiters", daß die Kollegen des unteren Maintales durch den Bezirksleiter zu veranlassen sind, nur nach Tarif zu arbeiten, wird von der Zahlstelle Fechenbach verworfen und ist, wo nur möglich, am Stundenlohn festzuhalten.

Frankfurt a. M. Am 2. November tagte eine gutbesuchte Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Lohn. 2. Beitragserhöhung. 3. Urabstimmung. 4. Geschäftliches. Zum Punkt „Lohn" berichtet der Vorsitzende, daß sich laut Tarifabschluß die Löhne der Bausteinmetzen nach denen der Maurer richten und ab 16. November wieder eine Erhöhung in Kraft tritt. Zur Lohnfrage in der Grabmal- und Marmorbranche teilt Kollege Kehl mit, daß der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses als abgelehnt zu betrachten ist, weil die Unternehmer ihn nur in seinem ersten Teil anerkennen. Die Lohnkommission und der Vorstand beschlossen, die Verbindlichkeit zu beantragen, weil die Löhne im Baugewerbe abermals steigen. Die Unternehmer wurden mittels Einschreibebrief gebeten, mit uns in Verhandlung zwecks Lohnerhöhung einzutreten. Es erhebt sich kein Widerspruch, demgemäß hat die Kommission und der Vorstand im Sinne der Kollegen gehandelt. Zum zweiten Punkt macht der Vorsitzende längere Ausführungen; so begründet er ebenfalls die Beitragserhöhung im Sinne der Zentrale nach Vorschlag 1. Vor der Versammlung tagte eine Vertrauensmännersitzung; diese war einmütig der Ansicht, den Kollegen nur den Vorschlag 1 zu empfehlen. Der Versammlung wurde dies auch unterbreitet. Die Debatte war lebhaft teils für, teils gegen Beitragserhöhung. Zum Schlußwort meint der Vorsitzende, daß der Zentralvorstand etwas ungeschickt war. 1. Die Zeit ist etwas weit vorgeschritten; die Kollegen wollen ihren Winterbedarf an Kartoffeln, Heizung und eventuell Winterkleidung eindecken; die Beitragsfrage müßte daher einige Wochen früher aufgerollt worden sein. 2. Weil die Zentrale mit zwei Vorschlägen kommt. Wenn wir als Kampforganisation gelten wollen, müßte nur der beste Vorschlag maßgebend sein. Wir in den Großstädten sind uns bewußt, daß die ländlichen Kollegen den billigeren Weg suchen werden. Nochmals bittet der Vorsitzende die Kollegen, in der Urabstimmung für Vorschlag 1 zu votieren. Zur Abstimmung schlägt der Vorstand vor, daß diese in den einzelnen Werkstätten bis 4. November vorgenommen wird. Die Baustein metzen gehen zur Urabstimmung am 4. November nach Feierabend ins Gewerkschaftshaus. Zum Geschäftlichen gibt es eine längere Debatte über einen zugereisten Kollegen; derselbe hat sich brieflich Arbeit gesichert, trotz Zuzug nach hier fernzuhalten ist. Die Versammlung nimmt Kenntnis von seiner wochenlangen Arbeitslosigkeit. Durch Abstimmung wird demselben ausnahmsweise gestattet, das Arbeitsverhältnis zu behalten. Dem Kollegen Phil. Knöll werden 100 M. als einmaliger Zuschuß aus der Lokalkasse gewährt. Der Kollege war an der Massenaussperrung Höchst a. M. (Chemische Industrie) beteiligt. Die Tagesordnung war damit erledigt.

Granitbezirk Heppenheim. Am 30. Oktober 1921 fand im Gasthaus Hirsch, Heppenheim, eine Bezirksversammlung statt. Eingangs der Versammlung forderte der Bezirksleiter die Kollegen auf, die als Einberufer in Betracht kommen, sich zu melden und ihre Wünsche vorzutragen. Es wurde dann festgestellt, daß einige Kollegen infolge eines Mißverständnisses es für notwendig erachteten, sofort eine Bezirksversammlung tagen zu lassen, unbekümmert darum, was daraus entstehen könnte. Von der Mehrheit der Kollegen wurde ein derartiges Vorgehen mißbilligt, und der Beschluß gefaßt, daß niemand mehr berechtigt ist, eine Bezirksversammlung einzuberufen außer der Bezirksleitung. Sodann berichtete Weidenhammer eingehend über das Ergebnis der am 29. Oktober 1921 stattgefundenen Verhandlung. In erster Linie kam er auf den Prozeß zu sprechen (wie schon im „Steinarbeiter" berichtet), der nun wohl zugunsten des klagenden Kollegen entschieden ist, aber noch nicht ein Endergebnis für die übrigen beteiligten Granitarbeiter des Bezirkes darstellt. Deshalb versuchte die Bezirksleitung diese Sache auf dem Vergleichswege zu schlichten. Es wurde auf das erbitterte gefeilscht, da jede Partei glaubt, in ihrem Rechte zu sein. Schließlich kam man zu einer Einigung dahin, daß als einmalige Abfindungssumme die strittigen 50 Prozent ausbezahlt werden sollten; für Stößer und Schmiede 100 M., Reinarbeiter 90 M., Hilfsarbeiter 80 M., Lehrlinge im dritten Jahr 35 M., im zweiten Jahr 30 M., im ersten Jahr 25 M. Von den Kollegen wurde das Angebot angenommen unter der Voraussetzung, daß sich die Arbeitgeber bei etwaiger Lohnforderung erkenntlich zeigen und die Langmut der Kollegen nicht auf eine zu harte Probe stellen. Mit der neuen Teuerungszulage konnten sich die Kollegen nicht einverstanden erklären. Es wurde der Antrag gestellt, daß ab 1. November 50 Prozent, ab 1. Dezember abermals 50 Prozent zu fordern seien. Der Kommission wurde Vollmacht erteilt und soll in den nächsten Tagen darüber verhandelt werden. Auch soll die Spannung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern vermindert werden, auch für die Stößer soll in Anbetracht des kommenden Winters, wo für diese wieder eine erhebliche Mehrausgabe für Schuhe und Kleider zu erwarten ist, dies berücksichtigt werden. Beim Punkt „Verschiedenes" wurde vom Bezirksleiter auf die Notwendigkeit der Beitragserhöhung hingewiesen und von mehreren Kollegen der Vorschlag 1 empfohlen. Bei dieser Gelegenheit wies Kollege Weidenhammer an Hand von Beispielen nach, daß die Behauptung von einigen Kollegen, daß Beitrag und Streikunterstützung oder Beitrag und Verdienst seit der Vorkriegszeit nicht Schritt gehalten hätten, als unrichtig zurück und empfahl, die Kollegen möchten sich erst rechnerisch überzeugen, bevor sie solche Behauptungen aufstellen. Auch wurde von verschiedenen Kollegen Kritik an dem schlechten Versammlungsbesuch innerhalb der Zahlstellen geübt, hauptsächlich die jüngeren Kollegen halten es nicht für nötig, zu erscheinen, auf den Werkplätzen aber kritisieren und dem Verbande und dessen Vertreter die Misere ihrer Lage in die Schuhe schieben, dabei verkennen, daß sie durch ihre Interessenlosigkeit ein gut Teil dazu beitragen. Den Kollegen, die in der Versammlung erscheinen, wird durch ein paar Querulanten durch den Unsinn, den sie dann verzapfen, der Besuch verleidet. Mit einem Appell, in den Versammlungen mehr gewerkschaftliche Disziplin zu zeigen und die Einigkeit hoch zu halten, wurde die Versammlung geschlossen. In der am 2. November 1921 stattgefundenen Verhandlung wurde folgendes Resultat erzielt: **Der Grundlohn der Hilfsarbeiter wird auf 85 Pf. erhöht. Die Teuerungszulage wird ab 15. November um 50 Prozent, ab 15. Dezember abermals um 50 Proz. erhöht, so daß die gesamte Teuerungszulage ab 15. November 560 Prozent, ab 15. Dezember 610 Prozent beträgt.**

Demitz-Thumitz. Die am 4. November tagende Mitgliederversammlung war vollzählig besucht. Anlaß hierzu bot die am Tage zuvor erfolgte Verhaftung von vier Kollegen, denen man nebst noch sieben andern den Prozeß machen will aus Anlaß der Vorgänge am 5. Sept. Der Vorsitzende gab bekannt, daß er bereits bei der Staatsanwaltschaft die Haftentlassung beantragt habe. Kollege Stiglbauer beantragte, pro Mitglied in der Woche eine Mark zu steuern und Schönbach stellte es außerdem jedem Kollegen frei, wer die Mittel habe, freiwillig noch mehr zu geben. Diese Gelder sollen zur Unterstützung der Familien dienen, deren Ernährer inhaftiert sind. Die Versammlung stimmte dem zu. Ebenfalls ohne Widerspruch nahm man den Bericht der Ortsverwaltung an, daß an die Unternehmer eine neue Forderung eingereicht worden ist und zwar die Teuerungszulage von 500 auf 650 Prozent zu erhöhen. Der Aufforderung des Ortsausschusses, den 9. Nov. durch Arbeitsruhe zu feiern, stimmte die Versammlung ebenfalls zu. Alsdann fand eine Aussprache über die Beitragserhöhung der in Nr. 45 veröffentlichten Vorstandsvorlagen statt. Die Abstimmung soll in den nächsten Tagen auf den Plätzen erfolgen. Die Abrechnung vom letzten Quartal wurde vorgetragen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Buckan beantragte, den Lokalzuschlag von 25 auf 50 Pf. zu erhöhen. Dem wurde ebenfalls gegen 14 Stimmen zugestimmt.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

Die Teuerungswelle, die ihren letzten Anstoß durch den nach Veröffentlichung der Genfer Beschlüsse eingetretenen Kurssturz der Mark erhalten hat, braust nunmehr mit voller Wucht und ohne einen nennenswerten Widerstand zu finden, über das deutsche Wirtschaftsleben dahin. Noch stehen wir mitten in der scharfen Aufwärtsbewegung der Preise und im Zeichen der Angstkäufe auf allen Gebieten des Warenmarktes. Erst nach Monaten werden sich die Verwüstungen zeigen, die durch diese neueste Teuerungshochflut in Handel und Wandel und vor allem an der Volksernährung entstanden sind. Das geschieht in einer Zeit, wo der Weltmarkt mit Getreide und Rohstoffen in einer nie gekannten Weise überlastet ist und wo die Weltmarktpreise für eine ganze Reihe wichtiger Großhandelsartikel noch niedriger liegen als in der Vorkriegszeit. In den Vereinigten Staaten von Amerika und in Argentinien verfault das Getreide auf den Speichern, die nordamerikanischen Kupferminen haben ihre Produktion ganz oder teilweise einstellen müssen und der ausländische Metallgroßhandel sitzt auf ungeheuren Vorräten fest, für die er riesige Banktredite in Anspruch nehmen muß, um sich selbst über Wasser halten zu können. Deutschland hingegen steht vor der Gefahr, durch die fortschreitende Markentwertung vom Rohstoffbezug aus dem Auslande völlig ausgeschlossen zu werden. Die Preissteigerungen im inländischen Großhandel hängen auf das innigste mit der Hausse am Markt der ausländischen Zahlungsmittel zusammen. Die Teuerung wird aber in unerhörter Weise verschärft durch spekulative Machenschaften des Groß- und Zwischenhandels, sowie durch die Hamsterkäufe derjenigen Bevölkerungsschichten, die noch über Geldreserven verfügen und sich für längere Zeit eindecken können. Alle Symptome ungesunder Verhältnisse am Warenmarkte treten wieder deutlich hervor. Die Hamsterfahrten der Kartoffelspekulanten in die Kleinstädte und Dörfer Pommerns, Brandenburgs und Mecklenburgs tragen wesentlich dazu bei, daß die regelmäßigen Kartoffelzufuhren von den Märkten ferngehalten werden. Wohl mag der Wagenmangel der Eisenbahn die Knappheit an greifbarer Ware auf den Produktenmärkten mit verschuldet haben, die hierdurch entstandenen Schwierigkeiten werden aber in unerhörter Weise durch den wieder auftauchenden Kettenhandel verschärft. Auch die Landwirte zeigen in verschiedenen Gegenden große Neigung, die Notlage der Verbraucher auszunutzen und die Erzeugnisse solange als möglich zurückzuhalten, denn jeder Tag bringt neue Preissteigerungen. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung die schärfsten Mittel anwendet, um diesem Unfug zu steuern. Geflissentlich werden von den Spekulanten die wirklichen Verhältnisse von Angebot und Nachfrage am

Warenmärkte gefälscht. Ihnen liegt daran, den Kleinhandel und die Verbraucher immer mehr zu Angstkäufen zu animieren und damit der Aufwärtsbewegung der Preise einen verstärkten Antrieb zu schaffen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die jetzige Warenhausse weit über das durch die eingetretene Geldentwertung gerechtfertigte Maß hinausgeht und daß sie einen Zusammenbruch erleiden muß, wenn nicht rechtzeitig und energisch zugegriffen wird. In einer Zeit, wo das deutsche Volk auf das schwerste um seine Existenz ringt, ist die Spekulation und der Kettenhandel in Lebensmitteln ein Verbrechen, das in eine Reihe zu stellen ist mit dem Landesverrat und der Fahnenflucht in Kriegszeiten. Bei der heute in gewissen Kreisen herrschenden Mentalität kann Abhilfe nur durch Anwendung der allerschärfsten Mittel geschaffen werden.

Die Rückwirkung der Entwertung der deutschen Mark auf die Lebenshaltung der breiten Volksschichten wird von Tag zu Tag fühlbarer. Am schärfsten sind die Preissteigerungen auf denjenigen Marktgebieten, deren Versorgung ganz oder teilweise von Auslandszufuhren abhängt. Leider handelt es sich hierbei gerade um diejenigen Produkte, die für die Volksernährung unentbehrlich sind. Die nachstehende Tabelle zeigt die Bewegung der Großhandelspreise für Weizenmehl, Roggenmehl und Viktoria-Erbsen, sowie die Kleinhandelspreise für Eßkartoffeln, Eßbutter und Hühnereier. Den amtlich ermittelten Durchschnittspreisen für die Septembermonate wurden die Berliner Marktpreise vom 2. November d. J. gegenübergestellt.

	Sept. 1913	Sept. 1920	Sept. 1921	2. Nov. 1921
Weizenmehl 1 dz	30,50	238,90	395,58	840—910
Roggenmehl 1 dz	24,83	219,60	359,14	640—700
Viktoriaerbsen 1 dz	30,68	—	640,22	800—860
Eßkartoffeln 1 kg	0,07	0,78	1,45	1,90
Eßbutter 1 kg	2,70	35,06	59,28	76—80
1 Hühnerei	0,08	2,08	2,09	3;10

Nach dem Verlauf des Geschäfts an den deutschen Getreidebörsen in den ersten Novembertagen zu urteilen, dürfte die Steigerung der Getreidepreise vorläufig in scharfem Tempo fortschreiten. Die Mehlvorräte bei den Mühlen sind außerordentlich gering, auch der Großhandel verfügt über keine Reserven, da in diesem Jahre der Ausdrusch des Brotgetreides auffallend langsam fortschreitet. Bemerkenswert ist auch die Knappheit am Futtermittelmarkte. Die Preise für Mais, Hafer, Kleie und Rauhfutter sind in letzter Zeit außerordentlich scharf gestiegen. Wenn bisher der Auftrieb an den Viehmärkten noch sehr reichlich und die Bewegung der Fleischpreise eine für heutige Verhältnisse ruhige war, so sind hieraus durchaus nicht etwa günstige Schlüsse zu ziehen. Der ohnehin dezimierte Viehbestand Deutschlands ist in den letzten Wochen infolge der Futterknappheit durch Notschlachtungen weiter eingeschränkt worden. Die Wirkungen dieser Vorgänge werden sich erst im kommenden Winter in einer allgemeinen Einschränkung der Versorgung mit Milch, Butter und Fleisch äußern. Ein Ende der jetzigen Teuerungswelle ist vorläufig noch nicht abzusehen.

Aussichten der gewerblichen Konjunktur und des Arbeitsmarktes. Fast alle Zweige der deutschen Industrie stehen augenblicklich im Zeichen einer seit der Vorkriegszeit nicht mehr gekannten Hochkonjunktur. Am deutschen Arbeitsmarkte ist in den letzten Monaten eine bedeutende Verminderung der Arbeitslosigkeit eingetreten. Es ist jedoch bekannt, daß die breiten Volksschichten von dem jetzigen flotten Geschäftsgang so gut wie gar keinen Nutzen haben, da er erkauft ist mit einer rapiden Entwertung unserer Valuta und einer entsprechenden Erhöhung der Preise aller notwendigen Lebensbedürfnisse. Wir haben es mit einer Fiebererscheinung am deutschen Wirtschaftskörper zu tun, der nur zu leicht die Katastrophe auf dem Fuße folgen kann. Schon jetzt zeigen sich Symptome, die zu ernsten Sorgen Anlaß geben. Eine große Gefahr droht der deutschen Industrie hinsichtlich der Kohlenversorgung. Durch die Zerstückelung des oberschlesischen Industrielandes ist nahezu die Hälfte der deutschen Kohlenfelder verloren gegangen. Die Lieferungen an die Entente haben bisher noch keine entsprechende Verminderung erfahren. Der Kohlenmangel verschärft sich infolgedessen von Tag zu Tag und droht auch die Ernährung des deutschen Volkes aufs schwerste zu gefährden. Liegen doch in den Nordseehäfen die meisten deutschen Fischdampfer still, weil es ihnen an Kohle fehlt. Die derzeit noch kräftig steigende Beschäftigung in der Eisenindustrie, im Metallgewerbe und im Maschinenbau steht und fällt mit der Kohlenversorgung. Die geringste Stockung kann hier zu einer Einschränkung des Beschäftigungsgrades und zu Stillegungen führen. Die rheinische Eisen-, Zement- und Kalksteinindustrie sowie verschiedene große chemische Werke berichten bereits über zunehmenden Mangel an Qualitätskohlen und Schmelzkoks. Das Textilgewerbe ist in allen seinen Zweigen noch reichlich mit Aufträgen versehen und kann in den meisten Fällen der dringenden Nachfrage kaum noch entsprechen. Eine leichte Abschwächung scheint sich allerdings nach Berichten der Chemnitzer Textilindustrie auch hier vorzubereiten. Insbesondere läßt der Geschäftsgang der Trikotagen- und Strumpffabriken merklich nach. Durch die in den letzten Monaten eingetretene Entwertung der Mark in Verbindung mit dem ungünstigen Ergebnis der diesjährigen Baumwollernte ist die Rohstoffversorgung der deutschen Spinnereien und Webereien in Frage gestellt. Der Preis für ein Kilogramm Baumwolle, der sich in Bremen Mitte Juni dieses Jahres noch etwa auf 20 M. stellte, ist bis Ende Oktober auf 86.60 M. gestiegen. Durch diese scharfe Aufwärtsbewegung sind alle Kalkulationen über den Haufen geworden worden. Die weitere Entwicklung der Baumwollpreise ist noch sehr unklar, da die Berichte über das Ergebnis der amerikanischen Ernte einander widersprechen und die Devisenkurse in Deutschland von Tag zu Tag sehr starken Schwankungen unterliegen. Die im Spätsommer und Herbst etwas belebtere Baukonjunktur wird ebenfalls durch die mit der Markentwertung Hand in Hand gehende Verteuerung aller Baumaterialien und notwendige Erhöhung der Löhne stark gefährdet. Insbesondere ist es kaum noch möglich, für das kommende Frühjahr einigermaßen sichere Bauprojekte auszuarbeiten, da im Verlaufe von drei bis vier Monaten alle Dispositionen umgeworfen werden können. Der Hypothekenmarkt leidet infolge des Ueberhandnehmens der Börsenspekulation an Kapitalmangel, vor allem ist es sehr schwer, Beleihungen kleinerer Objekte und Siedlungsbauten zu erreichen. Für den deutschen Arbeitsmarkt bedeutete gerade die Belebung der Bautätigkeit einen sehr wesentlichen Faktor der Erleichterung, da vom Baugewerbe aus ein günstiger Einfluß auch in der Herstellung von Baumaterialien, im Holzgewerbe, sowie in verschiedenen Zweigen der Eisen- und Metallindustrie fühlbar wurde. Während der Marksturz auf der einen Seite einen beängstigenden Ausverkauf der in Deutschland lagernden fertigen Waren gezeitigt hat, droht er auf der andern Seite die Rohstoffversorgung lahm zu legen und die jetzige Scheinkonjunktur zu erdrosseln.

Rundschau.

Gewerkschaftliches. Die Gewerkschaften der Welt. Die Augustnummer der Internationalen Arbeitsrundschau, der Monatsschrift des Internationalen Arbeitsamts, enthält einige bemerkenswerte Zahlen, welche die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation seit 1913 anzeigen. Die erwähnte Statistik beruht auf Nachweisungen, welche die Gewerkschaften den Regierungen ihrer Länder machten, oder die in gewerkschaftlichen oder andern Blättern veröffentlicht wurden, so daß sie durchaus vollständig und verläßlich sind. Jedoch ist darauf hinzuweisen, daß die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben von Land zu Land verschieden ist, weshalb in einigen Fällen Schätzungen der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften genügen mußten. Alle derartigen Schätzungen sind in der folgenden Tabelle besonders bezeichnet, welche die gesamte Mitgliederzahl der Gewerkschaften in 30 Ländern für die Jahre 1913, 1919 und 1920 angibt.

	1913	1919	1920
Argentinien	— (1)	476000	750000
Australien	498000	628000	684000
Belgien	200000	715000*	920000
Bulgarien	30000	36000	36000**
Dänemark	152000	360000	400000
Deutschland	4513000	11900000	13000000
Finnland	28000	41000	59000
Frankreich	1027000	2500000	2500000**
Griechenland	— (1)	170000	170000**
Indien	—	500000*	500000
Italien	972000	1800000	3100000
Japan	—	247000	247000**
Kanada	176000	378000	374000
Niederlande	189000	457000	683000*
Neuseeland	72000	83000	83000**
Norwegen	64000	144000	142000
Oesterreich	260000	803000	830000
Polen	— (1)	350000*	947000
Portugal	— (1)	100000	100000**
Rumänien (alt. Geb.)	10000	75000	90000
Rußland	—	3639000	5220000
Serbien	9000	20000	20000**
Südafrika	5000	60000	60000**
Spanien	— (1)	876000	876000
Schweden	136000	338000	400000*
Schweiz	95000*	200000*	292000
Tschechoslowakei	— (1)	1301000	2000000
Ungarn	115000*	212000	343000
Vereinigtes Königreich Großbrit.-Irland	4173000	8024000	8024000**
Vereinigte Staaten von Amerika	2722000	5607000	5179000
Zus. (30 Länder)	16152000	42040000	48029000

(1) Angaben fehlen. * Schätzungen. ** Zahlen für 1919.

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1919 von den insgesamt 42 040 000 Mitgliedern 34 061 000 oder 80 v. H. auf europäische Länder entfallen. Von den 7 979 000 außereuropäischen Mitgliedern trafen 5 985 000 auf Nordamerika. Man kann auch eine stark ausgeprägte Häufung der Gewerkschaftsmitglieder in gewissen Ländern beobachten; sechs Länder, nämlich Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, Frankreich und Italien zählten im Jahre 1919 insgesamt nicht weniger als 33½ Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen, während es in den andern 24 Ländern deren nur 8¾ Millionen gab. Die vier großen Industrieländer, Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Frankreich weisen zusammen 28 Millionen Mitglieder auf, das sind 66 v. H. der im Jahre 1919 gezählten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder der Welt.

Der Artikel in der erwähnten Zeitschrift gibt auch einen Ueberblick der Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den einzelnen in der Tabelle genannten Ländern; und in den meisten Fällen werden überdies die verschiedenen Organisationsformen der Gewerkschaften beschrieben.

Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes am 22. und 23. Oktober in Genf. Außer den Bureaumitgliedern nahmen Vertreter von allen Ländern Europas daran teil, soweit sie zum Bund gehören, außerdem ein Vertreter von Südafrika. Der Vorstand gab in seiner Gesamtheit seine Zustimmung zu den vom Bureau in der Angelegenheit der russischen Hilfsaktion getroffenen Maßnahmen. Zwischen einem der Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes und dem Vertreter des Allrussischen Roten Kreuzes kam eine Vereinbarung zustande, welche die größte Gewähr bietet, daß alle von gewerkschaftlicher Seite ausgehenden Hilfeleistungen ausschließlich und in vollem Umfang den Notleidenden Rußlands zugute kommen wird. Es wurde beschlossen, in Rußland selbst Kinderheime zu errichten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund geleitet und völlig unterhalten werden sollen. Zu diesem Zwecke wird der Internationale Gewerkschaftsbund in Petersburg ein spezielles Bureau errichten, von dem aus die ganze Hilfsaktion für Rußland geleitet werden wird. Die Einrichtung des Bureaus sowie die Schaffung eines Heims für 1000 Kinder soll raschestens in Angriff genommen werden. Weiter wurde beschlossen, ein vom Internationalen Gewerkschaftsbund angekauftes Quantum von Medikamenten im Werte von mehr als 60 000 holländische Gulden der Internationalen Organisation des Roten Kreuzes zur Verfügung zu stellen. Schließlich wurde beschlossen, einen neuerlichen Aufruf an die Arbeiter aller Länder zu richten, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund unternommene russische Hilfsaktion energisch zu unterstützen.

In ausführlicher Weise wurde sodann die Situation der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern besprochen.

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund den Gewerkschaftsorganisationen verschiedener Länder gewährte Unterstützung fand gleichfalls die Zustimmung des Vorstandes. Auf Vorschlag des Bureaus wurde beschlossen, auch die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen lettischen Gewerkschaftsorganisationen materiell zu unterstützen.

In ausführlicher Weise beschäftigte sich der Vorstand auch mit der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation (American Federation of Labor), die sich bisher, obgleich sie seinerzeit an den Beratungen des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Amsterdam teilnahm, nicht dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossen hat. Der Vorstand billigte die vom Bureau gegenüber der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung eingenommene Haltung, er erklärte sich jedoch bereit, auch weiterhin zu trachten, die in Amerika infolge der unzureichenden Kenntnis der internationalen Gewerkschaftsbewegung Europas allenthalben vorherrschenden unrichtigen Auffassungen zu widerlegen und aus dem Wege zu räumen. Das Sekretariat wurde schließlich beauftragt, sich nochmals an die American Federation of Labor zu wenden und zu versuchen, durch persönliche Fühlungnahme mit dem Gesamtvorstand der amerikanischen Organisation den Weg zu ebnen, um den Anschluß der amerikanischen Arbeiter an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu veranlassen.

Mit Bezug auf das von der American Federation of Labor an die Landeszentralen von Frankreich, England und Italien gerichtete Schreiben, in dem diese ersucht wurden, bei ihren Regierungen darauf zu dringen, daß den zur sogenannten Abrüstungskonferenz in Washington delegierten offiziellen Regierungsvertretern auch Arbeiterdelegierte beigegeben werden, beschloß der Vorstand auf Vorschlag des Bureaus und der drei genannten Landeszentralen und in Uebereinstimmung mit ihnen dieser Einladung nicht Folge zu leisten.

Der Vorstand gab einstimmig seine Meinung dahin zu erkennen, daß die dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen nur an solchen internationalen Konferenzen teilnehmen können, die wirklich allgemein und international sind. Der Vorstand gab zudem einstimmig der Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes die einzige Instanz ist, die berechtigt ist, allgemeine internationale Konferenzen einzuberufen und die angeschlossenen Landeszentralen ausschließlich Einladungen, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund ausgehen, Folge leisten können.

Das Bureau berichtet sodann über seine Vorbereitungsarbeiten für die zum 15. November in Amsterdam einberufene Internationale Konferenz des Bureaus der Gewerkschaftsinternationale mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, Metallarbeiter und Bergleute zwecks gemeinsamer Beatung der Abrüstungsfrage.

Der Kongreß wird am 20. April 1922 und folgende Tage in Rom stattfinden. Diesen Beratungen wird sich ein besonderer Internationaler Kongreß von Vertretern aller auf dem Boden des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehenden Internationalen Berufssekretariate anschließen. Des weiteren entspann sich noch eine ausführliche Diskussion über die zunehmende Reaktion und die hiermit zusammenhängende Verfolgung der Arbeiterbewegung. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Beschlüsse gefaßt. Aus Anlaß der Verurteilung der Arbeiter Sacco und Vanzetti in Nordamerika wurde an die American Federation of Labor ein Telegramm gesandt, in dem diese ersucht wird, alles in Bewegung zu setzen, um das Leben der beiden Arbeiter zu retten.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Berlin. Die Betriebsräte- und Obleutesitzung vom 25. Oktober 1921 hat beschlossen, daß jeder Kollege und jede Kollegin ab 45. Woche bis 51. Woche 2 Mark Extrasteuer für die erwerbslosen und kranken Kollegen zu Weihnachten entrichtet. Die Extrasteuermarken sind im Bureau, wie in allen Zahlstellen unserer örtlichen Organisation zu entnehmen. Die Ortsverwaltung.

München. Der Schleifer Noichl, Alois, von Kiefersfelden, lockte hier unter der Angabe, daß sein Mitgliedsbuch wegen Umschreibung in Kiefersfelden liege, Reiseunterstützung heraus. Nach eingezogenen Erkundigungen beruhen seine Angaben auf Unwahrheit. Die Zahlstellen werden vor diesem „Auch"-Kollegen gewarnt!

Leipzig. Der Steinmetz Ludwig Kießling, B.-N. 53 032, geboren 22. Mai 1902, ist von hier abreist, ohne seinen Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber nachzukommen. Ersuche allerorts um Beachtung!

Allen Zahlstellen, die sich an unserer Volkshaus-Sammlung zum Neuaufbau beteiligt haben, sagt die Zahlstelle Leipzig besten Dank! Herm. Quack, Kassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 7. November ihre Quartalsabrechnung noch nicht eingesandt: 1. Gau Bremen, Stralsund. 2. Gau. Bautzen, Beuthen, Löbau, Waldenburg. 3. Gau. Beerwaldermühle, Schmalkalden, Wahnitz. 4. Gau. Königslutter, Unsen. 5. Gau. Bonn, Gummersbach, Gierzhagen, Hölzenhausen, Letmathe, Wülfrath. 6. Gau. Immerdingen. 7. Gau. Bad Aibling, Teuschnitz, Tittling, Triebendorf. 8. Gau. Gundelsheim, Obereschenbach, Otting, Rottenbauer, Zapfendorf. 9. Gau. Völkershausen.

Adressenänderungen.

3 Gau.

Pötzneck. Vors.: Friedr. Strauß, Brudergasse 7.

Wechselburg. Vors.: Camillo Starke, Lunzenau, Rochlitzer Straße 226 b.

4. Gau.

Quentel. Vors.: Karl Letzing. Kass.: Johannes Fischer.

5. Gau.

Wülfrath. Kass.: H. Giebisch, Auswärtsstr. 20.

8. Gau.

Dillingen. Vors.: Friedrich Kächele, Frühlingstr. 1. Kass.: Rudolf Hausch, Seelgasse 7.

Neue Bücher, Zeitschriften usw.

Natur und Liebe, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Heft Nr. 8. Inhalt: All und Mensch. Jesus und die Theologen. Jung sein! Kirche und Selbstmord. Die Seele des Volkes. Das Abonnement auf die Hefte 7—9 kostet 3.75 M. und 60 Pf. Porto.

Anzeigen

Berlin

Sonntag, den 13. November, vormittag 9.30 Uhr, im **Gewerkschaftshaus** (Restaurant)

Versammlung der Marmorbranche.

Montag, den 14. November, abends 6.30 Uhr, im selben Lokal

Versammlung der Bau- und Grabmalbranche.

Tagesordnung in beiden Versammlungen:
1. Stellungnahme zum Lohnabkommen. 2. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Kollegen ist, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Steinmetz Georg Behrendt, *zuletzt in Osnabrück, wo steckst Du? Es sucht dich wegen Erbschaftsangelegenheit Deine Mutter, Frau Behrendt, Fehrbellin, Rhinstr. 140. Sollten Kollegen über seinen Aufenthalt Nachricht geben können, dann bitte! Unkosten werden ersetzt.*

Wehrs Steinhauerbürsten

Rehbachbleistifte. Maßstäbe
liefert fortwährend jedes Quantum
Georg Wehr, Steinmetz, **Neustadt a. d. Aisch (Bayern).**

Jeder kann Schriftzeichnen nach meiner Methode!

Franz Siegler, Bildhauer und Schriftzeichnerei
Gießen (Hessen).

Wer ist in der Lage mir einen **dunklen Lausitzer Syenitbruch** bei Uebertragung der Bruchmeisterstelle und gutem Verdienst nachzuweisen? Der Bruch müßte gutes dunkles Material, das sich zum Schleifen eignet, liefern. Offerten mit Materialprobe unter **„100 B"** an die Exp. d. Ztg.

Marmorhauer unverheiratet, welcher im Anfertigen von freistehenden Waschtischen und Kitten von Marmor perfekt ist, wird per sofort in dauernde Arbeit gesucht.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin

Zwei Bossierer
nur auf erste Sorte sucht
Georg Reich, Betriebsl., **Radibor** b. Bautzen (Sa.)

Granitsteinmetzen und Steinspalter stellt noch ein
K. Stahlberg, Hirschberg (Schles.), Bergstraße 1.

Granitsteinhauer, Schleifer
für Maschine und Hand auf S. S. Granit gesucht.
Tariflohn 8 Mark pro Stunde. **Pfälz. Granitwerke,** zu melden **Gg. Pfaffmann, Olsbrücken (Pfalz).**

EINEN STEINMETZ
der auch firm im Schrifthauen, stellen per sofort bei dauernder Beschäftigung ein
KARL BERNER & SOHN Ober-Waldenburg (Schles.).

2–3 tücht. Steinmetzen suche für sofort
Fr. Söllinger, Halle a. S., Delitzscher Straße 90.

Tücht. Steinmetzen für dauernde Arbeit sofort gesucht
Gebrüder Heidl, Rochlitz i. Sa.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Demitz-Thumitz** am 24. September der Brecher **Max Ullrich,** 54 Jahre alt, Berufsunfall; am 26 Oktober der Brecher **Joh. Kischischan,** 46 Jahre alt, Unfall außer Beruf.

In **Löbau** am 9. Oktober der Granitschleifer **Ernst Hermann,** 59 Jahre alt, Schlaganfall.

In **Bunzlau** am 23. Oktober der Sandsteinmetz **Franz Sumbera,** 42 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Leipzig** am 4. November der Sandsteinmetz **Karl Rennert,** 49 Jahre alt, Lungentuberkulose.

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse", Leipzig.